

# Unsere Zukunft entscheidet sich auch an der Zukunft der Kommunen

*Aus Sicht der Sozial- und Wirtschaftsethik müssen wir unseren Werteindex umkehren. Die Politik muss Ungleichheiten, immer mehr Wettbewerb und Ausschlusstendenzen abbauen und stattdessen öffentliche Leistungen ausbauen, das heißt auch, die Kommunen fördern*

## **1. Wie wollen wir leben?**

Die Frage nach einer verlässlichen und hinreichenden Finanzgrundlage für die Kommunen lässt sich nur beantworten, wenn in einem Prozess der demokratischen Meinungsbildung zugleich die weitergehende Frage bearbeitet wird, welche Aufgaben die Städte, Gemeinden und Kreise künftig übernehmen sollen. Wir kommen nicht umhin, nach der Gesellschaft zu fragen, in der wir in Zukunft leben wollen, und damit auch nach dem Leitbild der Staatlichkeit, das einer solchen Vorstellung von Gesellschaft entsprechen würde.

## **2. Privater Reichtum bedingt öffentliche Armut**

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine doppelte Schieflage immer weiter verschärft. Durch Steuerentlastungen im oberen Einkommensbereich wurde der auch durch Marktkräfte bedingte Trend zur Polarisierung zwischen privatem Reichtum und privater Armut forciert. Dabei gewannen in der Wirtschaftspolitik die Interessen der Vermögensbesitzer immer mehr die Oberhand. Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Entwicklung in den vergangenen Monaten erreicht, als nicht nur Kredite der Zentralbanken sondern auch Milliardensummen an Steuergeldern eingesetzt wurden, um die künstlichen Vermögensgewinne der letzten zwei Jahrzehnte staatlich abzusichern. Dem privaten Reichtum steht zudem immer deutlicher eine öffentliche Armut gegenüber. Die extremen Finanzierungsengpässe der öffentlichen Hand sind ein Spiegelbild der steuerlichen Entlastung vor allem der oberen Einkommensgruppen. Ein Großteil der damit verbundenen Lasten wird den Beschäftigten aufgebürdet – sowie den Städten, Gemeinden und Kreisen. Die so entstandenen Finanzlöcher haben nicht wenige Kommunen durch massive Einschränkungen ihrer Leistungen und durch Verkauf ihres „Tafelsilbers“, insbesondere durch die Privatisierung wichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stopfen versucht.

## **3. Die Reduzierung öffentlicher Güter korrespondiert mit einem Anstieg privater Güter**

Durch fiskalische Notmaßnahmen der Kommunen wurde in den letzten 20 Jahren der Umfang jener Güter schleichend reduziert, zu denen alle Bürgerinnen und Bürger unentgeltlich oder gegen eine nur kostendeckende Gebühr Zugang haben. Seit Jahren werden öffentliche Leistungen ganz gestrichen oder Bereiche der Daseinsvorsorge privaten Unternehmen übertragen. Um auf jeden Fall die angestrebte Rendite erwirtschaften zu können, drücken sie vielfach die Löhne, senken sie die Qualität der Leistung oder reduzieren sie deren Umfang (z.B. in strukturell schwächeren Regionen). Durch letzteres sinkt die Menge der Güter, zu denen (beinahe) alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben, was es den Menschen mit geringem Einkommen erschwert, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. So werden die Ausschlusstendenzen, die u.a. auf die Polarisierung der Einkommen, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die partielle Prekarisierung der Erwerbsarbeit zurückgehen, weiter verstärkt. Dabei springt die reduzierte Bereitstellung öffentlicher Güter in den letzten zwei Jahrzehnten auch deshalb ins Auge, weil – wie das anhaltende Wirtschaftswachstum zeigt – in der gleichen Zeit die Menge privater Güter immer weiter gestiegen ist.

## **4. Die Kommunen brauchen eine solide Finanzgrundlage**

Die skizzierten negativen Entwicklungstrends zeigen, dass die aktuell drängende Aufgabe, den Städten, Gemeinden und Kreisen für die derzeit von ihnen noch bereitgestellten öffentlichen Gütern eine solide Finanzgrundlage zu verschaffen, Teil einer größeren Herausforderung ist. Die Kommunen übernehmen u.a. einen Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge – Energie, Wasser, Abwasser, Müll, öffentlicher Personennahverkehr ... – und unterstützen die Vereine und Initiativen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Beziehungsnetze knüpfen. Vor allem die Städte, Gemeinden und Kreise stellen öffentliche Räume – z.B. Parks, Bibliotheken sowie Orte des kulturellen Austauschs und des sportlichen Wettbewerbs – bereit. Sie können nahe an den Problemen der Menschen sein und sind deshalb zu Recht für einen erheblichen Teil der sozialen Hilfen zuständig, die sie – soweit ihnen dies finanziell noch möglich ist – durch freiwillige soziale Dienstleistungen, etwa im Bereich der sozial unterstützenden Beratung, ergänzen.

## **5. Der Weg zum vitalen Gemeinwesen**

In Zukunft dürfte sich parallel mit dem Verteilungskonflikt zwischen den Privaten zugleich auch der Streit um die Anteile zwischen privaten und öffentlichen Gütern weiter verschärfen. Dass es hier um eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Gesellschaft geht, verdeutlicht auch der jüngste Bericht der britischen Sustainable Development Commission (Tim Jackson, Prosperity without Growth?, London 2009). In einer realistischen Sicht der künftigen Wirtschaftsentwicklung wird man für die nördliche Hemisphäre doch wohl eher von geringen Wachstumsraten ausgehen. Aufgrund dieser Aussichten kommt der in dem Bericht skizzierten Wahl der Gesellschaft zwischen zwei wirtschaftlichen Entwicklungspfaden eine besondere Bedeutung zu: Wollen wir auch in Zukunft auf Lebensstile sowie wirtschaftliche und staatliche Strukturen setzen, in deren Mittelpunkt eine Statuskonkurrenz der Bürgerinnen und Bürger über Einkommensunterschiede und über möglichst exklusive Konsumgüter steht? Oder zielen wir in Zukunft Steigerungen der Lebensqualität vermehrt durch Arbeitszeitverkürzungen und durch die Mehrung von gemeinsam zu nutzenden Gütern („shared prosperity“) an? Der eine Weg bedeutet eine weitere Zunahme der Ungleichheiten, des Wettbewerbs und der Ausschlusstendenzen, der andere Weg verlangt eine neue Politik der Begrenzung sozialer Ungleichheiten und des Ausbaus öffentlicher Leistungen. Auf dem einen Weg werden die Kommunen – schneller noch als die anderen Gebietskörperschaften – immer weiter austrocknen; auf dem anderen Weg werden sie zu vitalen Gemeinwesen, die all ihren Gliedern wertvolle Möglichkeiten der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und damit auch der persönlichen Entfaltung bieten.

Prof. Dr. Bernhard Emunds ist Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts Frankfurt für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik  
Offenbacher Landstr. 224  
60599 Frankfurt  
Tel. 069/6061-230  
Fax 069/6061-559  
E-Mail [nbi@sankt-georgen.de](mailto:nbi@sankt-georgen.de)  
**[www.sankt-georgen.de/nbi](http://www.sankt-georgen.de/nbi)**